

28. Mai 2011

www.cducsu.de

# Arbeitnehmergruppe aktuell

Tätigkeitsbericht der Arbeitnehmergruppe  
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



## Vorwort

# Klarer Kompass für unsere Politik

Soziale Marktwirtschaft und Sozialpartnerschaft haben sich in der Krise bewährt



Peter Weiß, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir stehen heute immer häufiger vor neuen politischen Herausforderungen, für die es keine erprobten Lösungsrezepte gibt. Es hat sich jedoch gezeigt, dass es für die Bewältigung der Herausforderungen äußerst hilfreich ist, wenn wir uns auf unsere bewährten Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und der Sozialpartnerschaft stützen. Aus diesen entwickeln sich die passenden Lösungen. So wurde die Finanz- und Wirtschaftskrise insbesondere auch wegen des Zusammenspiels der Tarifpartner erfolgreich bewältigt. Die Politik steuerte intelligente Gesetze bei. Es ist gut,

dass die Christlich-Sozialen in Arbeitnehmergruppe und CDA als Brücke zwischen Union und Gewerkschaften bei diesem Prozess mithelfen durften.

## Mindestlohn in wichtigen Branchen durchgesetzt, Arbeitnehmerfreizügigkeit auf einem guten Weg

Auch bei der EU-Erweiterung und der daraus resultierenden Arbeitnehmerfreizügigkeit sind wir auf einem guten Weg. Beides ist dem Grunde nach positiv, aber nicht allein mit Chancen, sondern auch mit Risiken verbunden. Die Arbeitnehmergruppe hat sich sehr früh um dieses Thema gekümmert und unter anderem schon im Frühjahr 2010 auf die Notwendigkeit eines allgemeinverbindlichen Mindestlohnes in der Zeitarbeit und weiteren Branchen hingewiesen. Es galt für uns, damit den Markt zu schützen und Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der Beschäftigten und ihrer Betriebe aufgrund des Wegfalls der Beschäftigungshürden zu verhindern. Nach einem Jahr intensiver politischer Arbeit haben wir jetzt in mehreren wichtigen Branchen Mindestlohnregelungen durchsetzen können.

Die Kolleginnen und Kollegen in der Arbeitnehmergruppe haben einen klaren Kompass. Wir entwickeln unsere politischen Vorstellungen aus unseren Grundsätzen und glauben an die Kraft der Argumente. Mit der vorliegenden Sonderausgabe von „Arbeitnehmergruppe aktuell“ möchten wir über die Arbeit der Arbeitnehmergruppe seit Beginn der 17. Wahlperiode informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Vorwort: Klarer Kompass für unsere Politik	1
Gesetze: Eine Zwischenbilanz I	2
Gesetze: Eine Zwischenbilanz II	3
Sitzungen: Zahlen und Fakten	3
Beschlüsse: Allianz für Fachkräfte, Sozialbericht bei Kapitalgesellschaften, Mindestlohn	4
Beschlüsse: Mitarbeiterbeteiligung, Pflegeversicherung, Sozialwahlen	5
Europäisch vernetzt: Informationsfahrten nach Warschau und Wien	6
Fachtagungen: Arbeitnehmerfreizügigkeit und Pflege	7
Fachtagungen: Arbeitswanderung	8
Die Arbeitnehmergruppe auf einen Blick	8

**Impressum**

Herausgeber  
 Peter Altmaier MdB  
 Stefan Müller MdB  
 CDU/CSU-Bundtagsfraktion  
 Platz der Republik 1  
 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Peter Weiß, MdB  
 Redaktion: Stefan Klinger (verantw.),  
 Christine Sentz  
 Mitarbeit: Kristina Freitag

Telefon (030) 227 53036  
 Telefax (030) 227 56112  
 stefan.klinger@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

# Eine Zwischenbilanz I

## Von der Jobcenterreform bis zum Mindestlohn

Nach eineinhalb Jahren der laufenden Wahlperiode hat die Regierungskoalition bereits wichtige Gesetzgebungsprojekte realisiert. Die Arbeitnehmergruppe hat in enger Zusammenarbeit insbesondere mit dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der Unionsfraktion, Karl Schiewerling, und der Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Ingrid Fischbach ihre Positionen hierzu eingebracht. Weitere Vorhaben sind angelaufen. Einige Beispiele:

### 1. Jobcenterreform

Die seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2007 anhängige verfassungskonforme Neuregelung der Jobcenter-Reform wurde erfolgreich umgesetzt. Die bewährte Arbeitsvermittlung aus einer Hand wurde auf eine verfassungskonforme Grundlage gestellt.

Arbeitssuchende können in verbesserten und leistungsfähigeren Jobcentern auf die Kompetenzen und Erfahrungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Kommunen Zugriff nehmen. Die 69 Optionskommunen, für deren Erhalt sich die Union eingesetzt hatte, wurden entfristet. Zusätzlich wurden weitere 41 Optionskommunen zugelassen. Eine von der SPD favorisierte zentralistische Lösung wurde damit verhindert.

### 2. Beschäftigungschancengesetz und Zweites Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Bezugsfrist für das Kurzarbeitergeld

Die Vorschriften für das konjunkturelle Kurzarbeitergeld wurden verlängert. Unter anderem wurde geregelt, dass auch für die im Jahr 2010 begonnene Kurzarbeit eine Laufzeit bis 18 Monate (statt sechs Monate) möglich ist.

### 3. Regelsatzreform/Bildungspaket

Die Regelsatzreform in Verbindung mit dem Bildungspaket bringt mehr Chancengerechtigkeit für Kinder, mehr Hilfe für Langzeitarbeitslose und mehr Unterstützung und Entlastung für die Kommunen.

### 4. Verbesserung Schonvermögen für SGB II-Leistungsbezieher

Mit dem am 26. März 2010 beschlossenen Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz wurde der Freibetrag für Altersvorsorgevermögen bei Personen im SGB II-Leistungsbezug von 250 Euro auf 750 Euro je vollendetes Lebensjahr angehoben und geht damit über den im Antrag zur 33. CDA-Bundestagung 2009 geforderten Betrag von 700 Euro hinaus.

### 5. Einführung tariflicher Mindestlöhne in der Zeitarbeit und weiteren Branchen

Mit dem Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes wurde die rechtliche Grundlage für eine allgemeine Lohuntergrenze in der Zeitarbeit geschaffen. Ein weiterer Branchen-Mindestlohn trat für die Pflege in Kraft. Zum 1. Juli 2011 folgt ein Mindestlohn im Wach- und Sicherheitsgewerbe. Insgesamt gibt es dann in Deutschland zehn Branchen-Mindestlöhne.

### 6. Anerkennungsgesetz für ausländische Berufsqualifikationen

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem bürokratische Hürden überwunden werden und es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglicht wird, vorhandene und im Ausland erworbene Qualifikationen zu nutzen.

# Eine Zwischenbilanz II

## Vom Beschäftigungsdatenschutz bis zur Familienpflegezeit

### 7. Neuregelung des Beschäftigten-datenschutzes

Die Arbeitnehmergruppe setzt sich für einen transparenten und wirksamen Beschäftigtendatenschutz ein, der seinen Namen verdient. Unter Federführung von Axel Knoerig bringt sie ihre Positionen in den Diskussionsprozess ein. Dabei konnten bereits wichtige Erfolge erzielt werden, wie eine Beschränkung des Rechts der verdeckten Videoüberwachung im Betrieb auf Strafverfolgungsorgane.

### 8. Ausbau familienpolitischer Leistungen

Zu Beginn der Wahlperiode wurden Familien mit Kindern bei der Einkommensbesteuerung zusätzlich entlastet:

Der Kinderfreibetrag wurde von 6.024 Euro auf 7.008 Euro aufgestockt. Auch das monatliche Kindergeld wurde um 20 Euro erhöht, wovon gerade die Beziehenden unterer und mittlerer Einkommen profitieren. Zur Unterstützung von Geringverdiener-Familien werden auf dem Wege einer Ausweitung des Kindergeldzuschlages zusätzlich 83 Millionen Euro jährlich für Bildungs- und Teilhabeleistungen ausgegeben. Damit wird verhindert, dass Familien, die ihren Unterhalt selber erwirtschaften, gegenüber SGB II-Leistungsbeziehern schlechter gestellt sind.

### 9. Familienpflegezeitgesetz

Das Familienpflegezeitgesetz, das zum 1. Januar 2012 in Kraft treten soll, ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung

der Vereinbarkeit von Beruf und häuslicher Pflege. Pflegenden Angehörigen wird ermöglicht, bis zu zwei Jahren ihre Erwerbsarbeit zu reduzieren, um mehr Zeit für die Pflege ihrer Angehörigen zu haben, ohne massive Gehaltseinbußen hinnehmen zu müssen. In der bis zu zwei Jahre dauernden Pflegephase wird die Erwerbstätigkeit auf 50 Prozent reduziert, wobei 75 Prozent des Lohns bezogen werden. Um den Ausgleich zu erzielen, wird anschließend für denselben Zeitraum Vollzeit für 75 Prozent des Gehalts gearbeitet. Ferner wird die Pflegezeit in der gesetzlichen Rentenversicherung anerkannt, so dass es in den allermeisten Fällen zu keinerlei Einbußen bei den Rentenanwartschaften kommen wird.

## Sitzungen

# Zahlen und Fakten

## 26 reguläre Sitzungen, 25 außerplanmäßige Gesprächsrunden



Von links: Karl Holmeier, Peter Weiß, Bundesministerin Ursula von der Leyen und der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Ralf Brauksiepe. Foto: Frank Zwiener

Die Arbeitnehmergruppe der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages hat sich am 24. November 2009 konstituiert. Seither fanden 26 reguläre Sitzungen (dienstags in Sitzungswochen von 14 bis 15 Uhr) statt, in denen

unter anderem Gespräche mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und sechs Bundesministerinnen und Bundesministern geführt wurden.

Zu 25 weiteren außerplanmäßigen

Terminen fanden Gespräche der Arbeitnehmergruppe unter anderem mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Kanzleramtsminister Ronald Pofalla, der Staatsministerin im Bundeskanzleramt, Maria Böhmer, Kardinal Rainhard Marx, dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, dem dbb-Vorsitzenden Peter Heesen sowie den Vertretern von sechs Gewerkschaften beziehungsweise Konzernbetriebsräten statt.

Der Vorstand der Arbeitnehmergruppe traf sich bisher 16mal zu seinen Sitzungen.

Zweimal traf sich die Arbeitnehmergruppe zu Klausurtagungen, um mit hochrangigen Funktionsträgern bzw. Experten ausführlicher inhaltlich zu diskutieren.

# Allianz für Fachkräfte, Sozialbericht bei Kapitalgesellschaften, Mindestlohn

## Die Beschlüsse der Arbeitnehmergruppe in der 17. Wahlperiode

Die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in der 17. Wahlperiode zahlreiche Beschlüsse und Positionspapiere verabschiedet. Die Schwerpunkte lagen dabei auf den Themen Fachkräftegewinnung, Mindestlohn und Pflege. Im folgenden sind die wichtigsten Beschlüsse aufgelistet:

### „Allianz für Fachkräfte: Ressourcen in Deutschland ausschöpfen – Abwanderung stoppen – Bedarfe analysieren – bedarfsgerechte Zuwanderung prüfen“

Zuwanderungspolitik darf nicht eine gute Bildungspolitik ersetzen. Der Schlüssel zur Deckung des künftigen Fachkräftebedarfs liegt in einer bestmöglichen Ausschöpfung der in Deutschland vorhandenen Potenziale und damit vor allem in der Bildungspolitik. Eine Gesellschaft, die vorhandene eigene Ressourcen ungenutzt lässt, droht aus dem Gleichgewicht zu geraten. Wir brauchen auch künftig für alle Berufsbilder eine eigene konkurrenzfähige Ausbildung und qualifizierte Kräfte, die diese absolvieren. Es gilt: Zuerst die Ausbildungs- und Qualifizierungspotenziale in Deutschland nutzen – dann über gezielte Zuwanderung entscheiden. Nur wenn Zuwanderung als nachgeordnetes Instrument organisiert ist und bedarfsbezogen erfolgt, kann diese, einschließlich der angestrebten Willkommenskultur, funktionieren.

### „Sozialbericht bei Kapitalgesellschaften als neues Transparenzinstrument“

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat zuletzt wieder gezeigt, dass allein auf kurzfristige Gewinnmaximierung ausgerichtete und die soziale Gesamt-

verantwortung ausblendende Unternehmensstrategien zum Scheitern verurteilt sind. Es ist daher Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen unserer sozialmarktwirtschaftlichen Ordnung vor dem Hintergrund der neuen Herausforderungen, die sich etwa durch die Globalisierung ergeben, weiter zu entwickeln.

Auf Grundlage des geltenden Rechts wird nicht hinreichend transparent, ob ein Unternehmen sich nachhaltigem und gemeinschaftsdienlichen wirtschaftlichen Handeln verpflichtet sieht. Die Arbeitnehmergruppe fordert daher eine Ergänzung der Berichtspflicht um einen Sozialbericht. Dieser schafft mehr Transparenz hinsichtlich der sozialen und betrieblichen Struktur eines Unternehmens. Für an Nachhaltigkeit orientierte Investoren sind solche Informationen von großem Nutzen. Soziale Verantwortung von Unternehmen kann auf diese Weise gezielt verglichen und durch sozial ausgerichtete Kapitalinvestitionen honoriert werden.

Konkret sind in einem neuen § 285 a die Berichtspflichten von mittelgroßen und großen Kapitalgesellschaften um einen Sozialbericht zu erweitern, der die folgenden Aspekte umfasst:

- Bericht des Betriebsrates;
- Auflistung bestehender Tarifverträge im Unternehmen;
- Auflistung der Anzahl der Neueinstellungen im Berichtszeitraum, unterteilt nach Vollzeit, Teilzeit, Auszubildende, Praktikanten und Zeitarbeiter;
- Auflistung der Anzahl der Ausgeschiedenen;
- Art und Umfang der betrieblichen Sozialleistungen, darin unter anderem enthalten: Modelle von Mitarbeiterbeteiligung, sachliche Leistungen wie beispielsweise Kindergarten, ermäßigtes Essen, Fahrkarte für den öffentlichen Personen-Nahverkehr.

### „Gerechten Lohn durch nachgelagerten Mindestlohn garantieren“

Die von der Bundesregierung und insbesondere von der Union verfolgte Strategie branchenbezogener Mindestlöhne ist sehr erfolgreich. Die teilweise befürchteten negativen Auswirkungen auf Arbeitsplätze können nicht festgestellt werden. Die Arbeitnehmergruppe setzt sich dafür ein, die wachsende Zahl von Wünschen aus weiteren Branchen nach allgemeinverbindlichen tariflichen Mindestlöhnen aufzugreifen. Diese kommen keineswegs nur aus dem Arbeitnehmerlager, sondern auch von Arbeitgeberseite.

Im Antrag wird festgestellt, dass tarifliche Mindestlöhne, die für allgemeinverbindlich erklärt werden, absoluten Vorrang vor anderen Lösungen haben. Das Augenmerk solle aber auch verstärkt auf Bereiche gerichtet werden, in denen es aus den verschiedensten Gründen nicht zu allgemeinverbindlichen Mindestlöhnen auf tarifvertraglicher Basis kommt. Die erfolgreiche Konzeption solle entsprechend weiter entwickelt werden. Hier sei zunächst das hierfür vorgesehene Mindestarbeitsbedingungs-gesetz anzuwenden. Wo die genannten Instrumente nicht greifen, solle ein gesetzlich festgelegter Mindestlohn als subsidiäre (also nachgelagerte) Maßnahme eingeführt werden. Dieser gesetzlich vorgeschriebene allgemeine Mindestlohn sollte staatsfern unabhängig festgelegt werden.

Die Beschlüsse finden sich im Wortlaut unter <http://www.cda-bund.de/die-cda/arbeitnehmergruppe.html>.

# Mitarbeiterbeteiligung, Pflegeversicherung, Sozialversicherungswahlen

## Weitere Beschlüsse der Arbeitnehmergruppe

### „Weiterentwicklung der Mitarbeiterbeteiligung“

Die Mitarbeiterbeteiligung ist nicht nur ein originär christlich-soziales Anliegen, das der Idee der Subsidiarität entspricht und geeignet ist, die Frontstellung von Arbeit und Kapital zu überbrücken. Es ist darüber hinaus gerade in einer wirtschaftlichen Krisensituation eine Möglichkeit, Unternehmen in Not zu helfen und für Familienunternehmen eine Nachfolgeregelung zu organisieren. Am Thema der Mitarbeiterbeteiligung zeigt sich die besondere Fähigkeit der Union, Freiheit und Verantwortung, Wirtschafts- und Sozialkompetenz zusammenzuführen.

Im Antrag wird gefordert:

- für die steuerbefreite Mitarbeiterbeteiligung über Entgeltumwandlung auch Sozialversicherungsfreiheit zu gewähren;
- den jährlichen Freibetrag für die Mitarbeiterbeteiligung über Entgeltumwandlung von derzeit 360 Euro auf 720 Euro zu erhöhen;
- einen zusätzlichen Freibetrag bei Schief lagen von Unternehmen zu gewähren, um deren Eigenkapitalbasis zu stärken;
- sachliche Differenzierungsrechte bei der Gewährung von Mitarbeiterbeteiligungen über Entgeltumwandlung einzuführen.

### „Pflegeversicherung für weitere Herausforderungen stärken“

Demografischer Wandel und Pflege sind zwei Begriffe, die untrennbar miteinander verbunden sind. Die Zahl der älteren und damit auch der pflegebedürftigen Menschen in unserer Gesellschaft wird in den nächsten Jahrzehnten deutlich ansteigen. Die Arbeitnehmergruppe ist sich bewusst, dass die Politik darauf reagieren muss. Bereits jetzt müssen die Weichen gestellt werden, damit die Pflege auch in

Zukunft gesichert ist und künftige Generationen nicht über Gebühr belastet werden.

Im Positionspapier wird die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Wertschätzung pflegerischer Leistungen hervorgehoben. Damit einher gehen Forderungen, pflegende Menschen und Pflegebedürftige selbst stärker als bisher zu fördern - beispielsweise durch Weiterentwicklung und finanzielle Förderung neuer Wohn- und Versorgungsformen oder ein verbessertes Rehabilitationsmanagement. Dabei stehen neben dem Bund auch Kommunen und die Leistungsträger selbst in der Pflicht.

Um dem bereits heute bestehenden Fachkräftemangel im Pflegeberuf entgegenzuwirken, sollen die Ausbildung modularisiert und die Weiterbildungsmöglichkeiten verbessert werden. Künftig bereits erworbene Qualifikationen gilt es anzurechnen.

Auch unsere bewährte Pflegeversicherung muss reformiert werden, um sie zukunftsfest und generationengerecht zu machen. Neben Beitragssatzerhöhungen für dynamisierte und verbesserte Leistungen wird aufgrund der alternden Bevölkerung und der geburtenstarken Jahrgänge 1964/65 ein ergänzender Kapitalstock nötig sein. Diese Demografiereserve soll

beitragsatzbezogen sein und paritätisch durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanziert werden.

### „Sozialversicherungswahlen reformieren“

In diesen Tagen enden die Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der deutschen Sozialversicherungen (Sozialwahlen). Der zuständige Bundesbeauftragte, Gerald Weiß, hat große Anstrengungen unternommen, um die Sozialwahlen bekannter zu machen. Doch auch der aktuelle Wahlgang hat gezeigt, dass die Selbstverwaltung in der deutschen Sozialversicherung öffentlich nicht die Stellung einnimmt, die sie verdient. Reformen sind nötig. Die Arbeitnehmergruppe will die Wahlbeteiligung wieder stärken. Dazu soll die „Wahl ohne Wahlhandlung“ abgeschafft werden. Die Regel sollte sein, dass bei allen Sozialversicherungen eine echte Wahl der „Bänke“ von Arbeitnehmern und Arbeitgebern stattfindet. Die momentanen Absprachen und Mandatszuweisungen werden dem Anspruch eines von Versicherten zu wählenden Gremiums nicht gerecht.

Die Beschlüsse finden sich unter <http://www.cda-bund.de/die-cda-arbeitnehmergruppe.html>.



Gerald Weiß mit Peter Wichtel und Dr. Matthias Zimmer. Foto: Stefan Klinger

# Informationsfahrten nach Warschau und Wien

## Informationsaustausch über die europäische Arbeitnehmerfreizügigkeit

Warschau (27. bis 29. Juli 2010)

Im Mittelpunkt eines Informationsbesuchs in Polen standen die zu erwartenden Auswirkungen der zum 1. Mai 2011 wirksam werdenden vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU. Die Delegationsmitglieder fanden sich in ihrer Sorge bestätigt, dass es ohne politisches Handeln zu einer Entleihung von polnischen Zeitarbeitnehmern kommen könnte, die in Deutschland Stundenlöhne von nur drei oder vier Euro erhalten würden – gemäß den Tarifverträgen, die in Polen ausgehandelt wurden.

Weitere Themen waren aktuelle Entwicklungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie das nachbarschaftliche Verhältnis beider Länder und die weitere Integration Polens in die Europäische Union. Dazu standen unserer Delegation Gesprächspartner aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft, Kirchen und Ministerien sowie Vertreter der in der EVP-Fraktion zusammengeschlossenen Parteien zur Verfügung. Diese sind die regierende PO (die sowohl den Regierungs- als auch den Staatschef stellt), ihr kleiner Koalitionspartner PSL (die ehemalige Bauernpartei) sowie die oppositionelle Kaczynski-Partei PiS. Diese Gruppierungen erhielten bei den letzten Europawahlen zusammen rund 80 Prozent der Wählerstimmen. Für die Arbeitnehmergruppe nahmen an der Delegationsreise nach Polen der Vorsitzende Peter Weiß sowie Katharina Landgraf und Willi Zylajew teil.

Wien (17. bis 18. Mai 2011)

Auf Einladung des Generalsekretärs des Österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmerbundes (ÖAAB) in der ÖVP, Mag. Lukas Mandl, führte die Arbeitnehmergruppe in Wien Gespräche mit der neuen Justizministerin Dr. Beatrix Karl sowie Parlamentariern in Nationalrat und Landtagen aus den Reihen des ÖAAB.



Axel Knoerig (rechts) und der Generalsekretär des ÖAAB, Mag. Lukas Mandl.

Foto: Stefan Klinger

Die Delegationsteilnehmer, der Arbeitnehmergruppenvorsitzende Peter Weiß, die Vorstandsmitglieder Heike Brehmer, Axel Knoerig und Matthias Zimmer sowie der CDA-Hauptgeschäftsführer Dr. Markus Gloe nutzten die Gelegenheit insbesondere zum Informationsaustausch über die politische Entwicklung Europas und europäische Arbeitnehmerfreizügigkeit. Wie Deutschland hat Österreich die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit zu Polen, Tschechien sowie sechs weiteren mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten erst in der dritten Stufe wirksam werden lassen.

In den Gesprächen wurden auch sonst viele Gemeinsamkeiten deutlich. Die österreichische Seite erläuterte, dass man gut vorbereitet in die neue Situation gegangen sei. So seien ein Gesetz zur Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping und ein Ausbau der Kontrollmechanismen initiiert worden. Seitens der Arbeitnehmergruppe wurde insbesondere auf die Strategie der Verabschiedung allgemeinverbindlicher Branchen-Mindestlöhne und den Mindestlohn in der Zeitarbeit hingewiesen.

Von den ÖAAB-Vertretern wurde weiterhin angemerkt, dass gut zwei Wochen nach dem Wegfall der Beschäftigungshürden auf dem Arbeits-

markt praktisch keine Auswirkungen festzustellen seien. Denkbar seien allerdings Probleme im Bereich der Entsendung, hier werde die Entwicklung sehr aufmerksam verfolgt. Die österreichischen Freunde machten auch deutlich, dass sie sich dafür einsetzen werden, dass Österreich bezüglich der ansonsten zum Jahresende wirksam werdenden Freizügigkeit zu Rumänien und Bulgarien die zweijährige Verlängerungsoption zieht.

# Im Fokus: Arbeitnehmerfreizügigkeit und Pflege

## Fachtagungen zeigen Handlungsbedarf und Lösungsansätze auf

### „Arbeit grenzenlos – Was bringt der 1. Mai 2011 den Beschäftigten und ihren Betrieben?“

Der Wegfall aller Beschäftigungsgrenzen zu Polen und Tschechien sowie sechs weiteren EU-Mitgliedstaaten am 1. Mai kann positiv gestaltet werden. Zu diesem Ergebnis kamen die Vertreter aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft, die im Rahmen eines Fachgesprächs am 14. Juni 2010 über Chancen und Risiken der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit diskutierten.

Prof. Dr. Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) zeichnete ein insgesamt optimistisches Bild. Der genaue Umfang der Zuwanderung durch die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit sei schwer zu kalkulieren; einen „Migrationsschock“ werde es aber mit Sicherheit nicht geben. Die potenziellen Migranten aus den sogenannten EU-8-Staaten verfügten meist über ein Qualifikationsniveau, das höher sei als das der meisten Ausländergruppen. Ihre Zuwanderung werde die gesamtwirtschaftliche Produktion erhöhen, meinte der IAB-Wissenschaftler.

Inländische Beschäftigte profitierten voraussichtlich insgesamt durch steigende Löhne und sinkende Arbeitslosigkeitsrisiken, sagte Prof. Brücker. Allerdings drohten punktuell sinkende Löhne, und zwar für geringqualifizierte Beschäftigte. Ohne politisches Handeln sei dieses insbesondere im Bereich der Zeitarbeit und des Wachgewerbes zu erwarten.

Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, Peter Weiß, forderte, baldmöglichst eine klare rechtliche Regelung für einen allgemeingültigen Mindestlohn in der Zeitarbeitsbranche zu treffen. Es könne nicht zugelassen werden, dass aufgrund der spezifischen deutschen Regelungen zur Leiharbeit statt den zwischen deutschen Arbeitgebern und Gewerkschaften ausgehandelten Tarifvereinbarungen faktisch tschechische oder polnische Tarifverträge zur Anwen-

dung gelangten, die unter Berücksichtigung der dortigen Verhältnisse zustande gekommen sind.

### „Pflege zwischen Alltagshilfe, medizinischem Know-how und Organisationsgeschick – Wo ist politisches Handeln gefragt?“

Derzeit gibt es 2,25 Millionen Pflegebedürftige, davon werden über 1,5 Millionen von Angehörigen und ambulanten Pflegediensten betreut. Und die Zahl wird rapide steigen. Angesichts der Dringlichkeit des Themas veranstaltete die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 4. Oktober 2010 eine Fachtagung mit Fachpolitikern, Experten, Pflegekräften und pflegenden Angehörigen.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, zeigte die Vorzüge der solidarischen Pflegeversicherung auf. Die alternde Bevölkerung mache jedoch einen ergänzenden Kapitalstock nötig, damit die Beiträge langfristig moderat blieben.

Die Lebensqualität von pflegenden Angehörigen und Pflegebedürftigen erhöhen sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege verbessern soll die von Familienministerin Schröder er-

läuterte Familienpflegezeit. Das Modell fand Zuspruch wie Kritik und es wurde deutlich, dass die Familienpflegezeit keine „Allround-Lösung“, aber für viele Betroffene eine wichtige Hilfe sei.

Kritisch wurden mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Ralf Braukusiepe Arbeitsbedingungen und drohender Fachkräftemangel in der Pflege debattiert. Dass der Sicherung des Bedarfs an Pflegekräften großes Gewicht beigemessen werde, versicherte die parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz.

Willi Zylajew, stellvertretender Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, appellierte an Führungskräfte und Beschäftigte in der Pflege, ein positives Bild ihres Berufs zu vermitteln. So könnten vermehrt junge Menschen für einen Pflegeberuf begeistert werden. Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, Peter Weiß, betonte, die Pflegebranche sei mehr als nur „Jobmotor“ und „Zukunfts- und Innovationsbranche“. Diese Titel verkennen die enorme physisch wie psychisch zu leistende Arbeit der Pflegekräfte. Sie bräuchten gesellschaftliche Anerkennung, gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung.



Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder, Peter Weiß.  
Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

# Fachgespräch zu Arbeitswanderung

„Attraktive Arbeit für Fachkräfte - Wanderungsbilanz positiv gestalten“



Karl Schiewerling, Peter Weiß, Uwe Schummer. Foto: Frank Zwiener

Arbeitswanderung gewinnt in einer sich globalisierenden Welt an Bedeutung. Nur mit attraktiver Arbeit in Deutschland kann erreicht werden, dass wir im Rahmen eines internationalen Wettbewerbs um die besten Spezialisten nicht, wie es zur Zeit der Fall ist, mehr Fachkräfte abgeben, als wir gewinnen können. Darüber bestand zwischen den Experten bei der Tagung der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 21. März 2011 weitgehend Konsens.

Eine Ursache für die steigende Abwanderungsrate ist, so der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, Peter Weiß, dass in einer zunehmenden Zahl von Fällen am Berufsstart Praktika, befristete Beschäftigung oder Leiharbeit stehen, nicht selten auch noch schlecht entlohnt. Weiß: „Wir brauchen eine Willkommenskultur für junge Menschen, die hier Ausbildung oder Studium erfolgreich absolviert haben“.

Einvernehmen bestand darin, dass darüber hinaus ein ganzes Bündel von

Maßnahmen erforderlich ist, um langfristig erfolgreich dem Fachkräftemangel begegnen zu können. So richtete bei der Suche nach Potenzialen Uwe Schummer, Obmann der Unionsfraktion im Bundestagsausschuss für Bildung und Forschung, den Blick auf 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 29 Jahren ohne Berufsabschluss.

Als Handlungsoptionen nannten die Experten auch den Ausbau beruflicher Weiterbildungsachsen und Arbeitsbedingungen, die besser auf ältere Arbeitnehmer ausgerichtet sind. Positiv bewertet wurden die Aktivitäten der Bundesregierung beim Ausbau der Kinderbetreuung, die Frauen und auch Männern in der Familienphase helfen werden, in dem gewünschten Umfang arbeiten zu können, sowie das geplante Gesetz zur verbesserten Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.

## Die Arbeitnehmergruppe auf einen Blick

Der Arbeitnehmergruppe gehören aktuell über 70 Abgeordnete aus der 238-köpfigen CDU/CSU-Bundestagsfraktion an. Mitglieder des Vorstands sind:

**Vorsitzender:**  
Peter Weiß

**Stellvertretende Vorsitzende:**  
Karl Holmeier (1. Stellv. Vors.)  
Heike Brehmer  
Uwe Schummer  
Stefanie Vogelsang  
Marcus Weinberg  
Elisabeth Winkelmeier-Becker  
Dr. Matthias Zimmer  
Willi Zylajew

**Beisitzer:**  
Ingo Gädechens  
Rudolf Henke  
Axel Knoerig  
Katharina Landgraf  
Stefan Müller  
Beatrix Philipp  
Klaus Riegert  
Heinz Peter Wichtel